

Sozialstaat vor dem Kollaps bewahren – Stopp der Kürzungen in sozialen Berufen und der Eingliederungshilfe

1. Das Problem

Unsere soziale Infrastruktur steht enorm unter Druck. Chronische Unterfinanzierung und aktuelle Haushaltskürzungen verschärfen den Personalmangel und die Arbeitsbelastung in sozialen Berufen (Pflege, Erziehung, Sozialarbeit) massiv. Ein fatales Beispiel ist die Eingliederungshilfe: Soziale Träger werden von den Bezirken nicht mehr ausreichend refinanziert und rutschen in die roten Zahlen. Dies geht direkt zu Lasten der Mitarbeitenden und der betreuten Menschen.

Gleichzeitig wandern Pflegekräfte aufgrund der unhaltbaren Zustände in Krankenhäusern und Heimen in die Eingliederungshilfe ab. Die Folge: Der pädagogische Anspruch auf echte Teilhabe und Selbstbestimmung (wie im Bundesteilhabegesetz verankert) geht verloren. Die Betreuung droht auf ein reines „satt und sauber“ zurückzufallen. Verschärft wird die Lage durch massive Engpässe und drohende Kürzungen bei der Psychotherapie, obwohl der gesellschaftliche Bedarf nach Krisenjahren hoch ist. Diese Abwärtsspirale führt zu einem Teufelskreis aus Burnout, Berufsfucht und einem massiven Qualitätsverlust in der Versorgung der schwächsten Mitglieder unserer Gesellschaft.

2. Unser Ziel

Wir als SPD stehen für einen starken Sozialstaat, der niemanden zurücklässt. Unser Ziel ist eine bedarfsgerechte, krisenfeste und dauerhafte Finanzierung der sozialen Infrastruktur. Wir wollen den Teufelskreis aus Unterfinanzierung und Personalmangel durchbrechen. Kürzungen in den Sozial- und Gesundheitsbudgets müssen sofort gestoppt werden. Die Arbeit am Menschen muss wieder den Raum, die Zeit und die pädagogische Qualität bekommen, die sie erfordert – getragen von fairen Arbeitsbedingungen und einer angemessenen Bezahlung für die Fachkräfte.

3. Unsere Forderungen für die politischen Ebenen

Um den sozialen Kollaps abzuwenden, fordern wir:

- **Auf Bundesebene:**
 - Die Sicherstellung einer flächendeckenden und bedarfsgerechten psychotherapeutischen Versorgung. Die Kassenarztsitze müssen an den realen, gestiegenen Bedarf angepasst und Finanzierungslücken geschlossen werden.
 - Das Bundesteilhabegesetz muss mit ausreichenden finanziellen Mitteln des Bundes hinterlegt werden, damit Kommunen und Bezirke die Vorgaben qualitativ umsetzen können.
- **Auf Landesebene (Bayern):**
 - Einen sofortigen Stopp der von der Söder-Regierung angekündigten Kürzungen in der Eingliederungshilfe und bei sozialen Trägern.

- Das Land Bayern muss den kommunalen Finanzausgleich so anpassen, dass die Bezirke als Träger der überörtlichen Sozialhilfe ausreichend mit Finanzmitteln ausgestattet werden, um die Träger vollumfänglich und fair zu refinanzieren.
- **Auf Bezirksebene (Oberbayern) und kommunaler Ebene:**
 - Die SPD-Fraktion im Bezirkstag wird aufgefordert, sich für eine auskömmliche Refinanzierung der stationären Plätze und ambulanten Leistungen einzusetzen. Defizite dürfen nicht länger auf die Träger und das Personal abgewälzt werden.
 - Auf kommunaler Ebene (Landkreis/Gemeinden) dürfen freiwillige soziale Leistungen, Beratungsstellen und Präventionsangebote nicht dem Rotstift zum Opfer fallen.